

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag u. Druck: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag u. Druck: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag u. Druck: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Einzigste Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

20 Jahre Zwangsarbeit für die Plewikaja

Die Schuld an der Entführung General Millers bewiesen Das Schulprogramm der HJ

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 14. Dezember.

In dem Prozeß gegen die Frau des Generals Skoblin wegen der Entführung des wehrkräftigen Generals Miller wurde am Mittwochmittag das Urteil gefällt. Das Geschworenengericht des Seine-Departements verurteilte Frau Skoblin, genannt Plewikaja, zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 10 Jahren Aufenthaltshausverbot, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage bejaht, in ihrer Mehrheit der Frau Skoblin aber mildernde Umstände zugestanden hatten.

Zu Beginn der Verhandlung hatte der Verteidiger der Frau Skoblin, der jüdische Rechtsanwalt Philolensa, in seinem Plädoyer den Freispruch der Frau Skoblin verlangt. Interessanterweise sagte der jüdische Anwalt, er persönlich sei überzeugt davon, daß die Entführung des Generals Miller den Sowjets zur Last falle. Plewikaja sei daran jedoch unschuldig. Denn wenn sie wirklich eine Mitschuldige an der Entführung des Generals Miller gehabt habe, dann hätten die Sowjets sie verschwinden lassen, wie verschiedene andere Personen, die bei der Entführung des Generals Miller mit-

wirkten. Von General Skoblin selbst wolle er nicht sprechen. Die Frage, ob General Skoblin an der Entführung mitgewirkt habe, wolle er vorläufig offen lassen. Er beschänke sich lediglich auf den Fall der Frau Skoblin, die er persönlich für unschuldig halte.

Bei der Urteilsfindung waren es zum Teil recht schwierige Fragen, über die sich die Geschworenen hatten entscheiden müssen. Zum Beispiel darüber, ob der General Miller gelangweilt worden sei, ob die Plewikaja hierbei Hilfe leistete, ob gegen General Miller Gewalttaten begangen worden seien oder ob man dem wehrkräftigen General Miller eine Falle gestellt habe, wobei die Angeklagte mitschuldig sein konnte, und anderes mehr. Das Strafmaß richtete sich danach, für welche Taten die Angeklagte als schuldig befunden wurde. Das Höchstmaß hätte auf lebenslangliche Zwangsarbeit lauten können, doch konnte auf diese Strafe nicht erkannt werden, weil die Geschworenen für mildernde Umstände eintraten waren. Die Beweisurteile der Verteidiger waren von den Geschworenen als nicht schlüssig verworfen worden.

Besonders beeindruckt zeigte sich das Gericht von der würdigen Haltung, die die Gattin des von der Wehr ausgeschloßenen und ermordeten wehrkräftigen Generals Miller während des Prozeßverlaufes eingenommen hatte.

Immer wieder hat sich der Führer in seinen großen Reden an die deutsche Jugend gewandt oder auf diese verwiesen. Er setzt in die heranwachsende Generation ein grenzenloses Vertrauen und hat mehrmals gesagt, daß erst in dieser und den nächsten Generationen die nationalsozialistische Weltanschauung das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten durchdringen wird. Strupel und Zweifel, Widerstände und Gegenkräfte, die heute noch bei der Vorkriegsgeneration hier und da sichtbar sind, werden dann völlig ausgeräumt sein, und eine innerlich gleichgerichtete Armee wird den Marsch in die Zukunft antreten.

Wer diese Hinweise des Führers aufmerksam verfolgt hat, für den gibt es keinen Zweifel darüber, welche ungeheure Bedeutung der Jugend der Führer heute zukommt. Bisher geschah diese Gemeinschaftsbeziehung auf zwei verschiedenen Ebenen: innerhalb des Bereichs der Schule und in den Reihen der Hitlerjugend. Nach der Maturprüfung wurde zunächst getrennt markiert, denn die alle Jugendlichen umfassende Staatsjugend mußte erst aufgebaut werden. Dieser Aufbau ist jetzt nahezu vollendet, und es gibt kaum noch einen deutschen Jungen und ein deutsches Mädchen, das nicht irgendwo in den Reihen der Jugendorganisation steht. Auch in Zukunft wird sich die Gemeinschaftsbeziehung auf getrennten Ebenen vollziehen, allerdings wird die wechselseitige Verknüpfung immer enger und die gegenseitige Einwirkung immer stärker werden.

Diese Entwicklung wird im einzelnen deutlicher sichtbar, wenn man sich mit dem umfassenden Programm beschäftigt, das die Hitlerjugend zu dem Thema Schule und Jugendführung ausgearbeitet hat. In dem neuen Buch des Reichsjugendführers Balduw von Schirach „Revolution der Erziehung“ und in einem Sonderheft der sehr beachtenswerten Führerzeitschrift der Hitlerjugend „Wille und Macht“, sind die Grundlinien dieses Programms angedeutet. Die Vorschläge der Hitlerjugend beruhen auf den Erfahrungen von sechs Jahren und stützen sich auf eingehende Untersuchungen, bei denen die Forderungen und Notwendigkeiten der Schule durchaus berücksichtigt sind. Es handelt sich also nicht um eine der verächtlichen „Schulreformen“ des alten Systems, sondern um eine organische Zusammenfassung und Abwägung aller für die Gestaltung der Jugenderziehung wichtigen Faktoren. Der oft gehörte Vorwurf, daß die Hitlerjugend den Lehrer zum bloßen Wissensvermittler herabwürdigen will, wird entkräftet zurückgewiesen. So schreibt Balduw von Schirach in seinem neuen Buch: „Wir kämpfen nicht gegen die Schule, wir kämpfen für die Schule, und zwar gegen jeden, der sie anders als nationalsozialistisch gestalten möchte.“

Am wesentlichsten sind es drei große Fragekreise, die den Inhalt des pädagogischen Programms der Hitlerjugend ausmachen: die Forderung nach Leistungssteigerung, die Forderung nach Leistungssteigerung und die Forderung nach Leistungssteigerung. Die Forderung nach Leistungssteigerung ist immer mehr zu einem entscheidenden Problem geworden, das vor allem von außen her an die Schule herangetragen wird. Aus der Wirtschaft mehrten sich die Stimmen, die von einer unzureichenden Vorbildung der Lehrlinge sprachen, und zwar nicht nur für die Absolventen aller Schularten. Rehmliche Bedenken wurden von der Wehrmacht in Bezug auf das Wissen des Offiziersanwärterbesatzes geltend gemacht. Die Berechtigung dieser Klagen wird durch zahlreiche Prüfungsergebnisse erhärtet.

Es ist eine Tatsache, und zwar eine sehr ernste, daß bei den von den Kammerern durchgeführten Prüfungen ein Drittel aller angelegerten Kaufmannsgehilfen den Anforderungen im deutschen Aufsatz und im Rechnen nicht gewachsen war. Es fehlt den Schülern oft jeder Sinn für die nächste Tagessarbeit, für Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewußtsein in den kleinen Dingen. Die ebenso zahlreichen wie verfehlten Experimente der Zukunftsseite haben an die Stelle der vernünftigen theoretischen Komplexen gesetzt, die „modern“ sein sollten, den Schülern jedoch nur geschadet haben. Diese falsche Entwicklung soll nun natürlich nicht in das Gegenteil umschlagen und etwa zu einer Prügelpädagogik von Anno dazumal führen. Die nationalsozialistische Schule wird immer lebensnah und — im guten Sinne — modern sein, was jedoch nicht auszuklaffen braucht, daß dem Erwerb der rein arbeitsmäßigen Grundkenntnisse eine größere Bedeutung zugewiesen wird als bisher. In diesem Zusammenhang verdient auch der Vorschlag der Hitlerjugend Beachtung, alle zusätzlichen, auf die spätere Berufstätigkeit abzielende Ausbildung zurückzuziehen. Der Unterricht in Kurzschrift, Maschinen schreiben usw.

Verpätung der sächsischen Autobahnarbeiter Auf der Fahrt zur Eröffnungsfahrt - Dammeusch bei Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Dezember.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags, Abends und während der Nacht waren es nun alle wohlbehalten in Berlin eingetroffen, die 3000 Gäste des Führers, die 3000 deutschen Autobahnarbeiter. Braumund und lachend hielten sie aus den Bäumen. Sie wurden sofort von ihren Betreuern empfangen und in Clubs in ihre Hotels und Pensionen geleitet.

Die 3000 Autobahnarbeiter der Obersten Bauleitung Dresden allerdings hatten Pech. Ein größerer Dammbruch kurz vor Berlin (siehe auch die Meldung im lokalen Teil) machte die Fernverkehrsstraße Dresden — Berlin unüberfahrbar. Die Gleise hingen bis zu acht Meter freischwebend in der Luft. Dadurch erlitten die Gäste aus Sachsen drei und vier Stunden Verpätung. Die uns die Dresdner nach ihrer Ankunft erzählten und wie wir aus ihrer glänzenden Vornehmheit merken, haben sie sich durch dieses Missgeschick jedoch die Stimmung nicht verderben lassen.

Die sächsischen Autobahnarbeiter wurden durch einen Comitéspendenbeitrag zwischen den beiden nächstgelegenen Stationen zu einem Juge nach Berlin gebracht. Die Behebung des Schadens dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die Ursache des schweren Dammbruchs wird zur Zeit untersucht.

Die Zugverspätungen, die sich nicht nur auf die Dresdner Gäste auswirkten, hielten die HJ-Quartierorganisation vor unerwartete Schwierigkeiten, die sie jedoch erfolgreich wehren konnte. So wurde für die hinarthenden Wagen der allzu verspäteten, zum Teil erst nach 2 Uhr nachts eintreffenden Autobahnarbeiter überall schnell warmes Essen bereitgehalten.

Die Sachsen wohnten durchweg am den Stettiner Bahnhof herum in guten Gasthöfen; im Verkehrsministerium am Alexanderplatz nahmen sie gemeinsam ihre Mahlzeiten ein. Die Führer wohnten beziehungsweise rund um den Bauhof am Platz, die Führer zum großen Teil in der Röhrenstraße. Die Dresdner teilten sich mit den Sachsen in die Jugend um den Luftfahrtstand, während die Köhler mehr in der Innenseite beheimatet sind.

Dr. Goebbels spricht

Berlin, 14. Dezember.

Der Reichsführer Berlin sowie alle Reichsführer mit Ausnahme des Reichsleiters übernahmen am Donnerstag, dem 15. Dezember, 1933 bis 14.30 Uhr, aus der Reichshalle eine Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels zur Freigabe des 3000 Kilometer der Reichsautobahnen.

Weihnachtsbäume für Deutsche in Rumänien verboten

Eine unverständliche Maßnahme - Die Bitte der deutschen Volksgruppe abgelehnt

Bukarest, 14. Dezember.

Das Ackerbauministerium hat das Schneiden und den Verkauf von Tannenbäumen mit der Begründung verboten, es handle sich bei dem Ausschneiden des Weihnachtsbaums um eine unrumänische Sitte. Das Verbot ist die Folge einer vor kurzer Zeit erfolgten Stellungnahme der „Vandewacht“ der rumänischen Staatsjugendorganisation, in der außer der Abschaffung des Weihnachtsbaums dazu aufgerufen worden war, die alten rumänischen Bräute des Weihnachtsfestes, des Umhergehens mit dem Stern usw. wieder einzuführen und zu pflegen. Die zweite Begründung lautet, daß die rumänischen Wälder durch das Schneiden der Tannenbäume gefährdet würden.

Die völkische deutsche Presse in Rumänien hat sofort nach dem Austritt der „Vandewacht“ darauf hingewiesen, daß dieser weite Grund bei dem Waldreichtum Rumaniens in seiner Weise nicht haltbar sei. Wegen der Erhaltung der alten Bräute sei selbstverständlich nicht einzusetzen, doch gelte das auch für die deutsche Volksgruppe, der der Weihnachtsbaum ein heiliges Symbol sei. Der Bitte, den Verkauf von Weihnachtsbäumen nicht unmöglich zu machen, hat sich die rumänische Regierung verweigert. Sie hat ein allgemeines Verbot erlassen, durch das die Deutschen Rumaniens schwer betroffen werden.

In dieser Frage hatte auch die rumänische Zeitung „Correntul“ Stellung genommen. Dort schrieb Komulus Plana, ein bekannter Journalist, er persönlich sei nicht gegen den Weihnachtsbaum, er finde ihn sehr schön. Seine Abschaffung müßte ihm wie ein Attentat gegen die runderwachte Kindheit, wie ein grauamer egoistischer Akt einer Generation

gegen die nachfolgende Generation erscheinen. Die wenigen tausend Tannen, die von den Berggipfeln herabgeholt würden, schädigten nicht das Eigentum des Landes. Schädigungen und Raub kämen von anderen und nicht von diesen winterlichen Sitten.

„Panikstimmung in Siebenbürgen“

Budapest, 14. Dezember.

Unter der Überschrift „Jeder ist verdächtig, der lebt — Dies ist die Parole in Rumänien“ veröffentlicht das Acht-Uhr-Blatt des Grafen Becklen einen Bericht über die Zustände in Siebenbürgen.

Das Blatt stellt fest, daß dort eine wahrhaft allgemeine Panikstimmung herrsche als Folge der Aktionen der rumänischen Polizei. In Siebenbürgen wage sich niemand mehr zu rühren, denn die Polizeiregimente halte praktisch jedermann für verdächtig, gefährlich und mit der Eisernen Garde verbandelt. In Klausenburg, das vor einigen Tagen durch einen Polizeikommando umschlossen worden ist, haben in den Kneipen und in Privatbäusern Handlungen und Vernehmungen durch Polizeipatrouillen stattgefunden in der offensichtlichsten Absicht, die Bevölkerung mit allen Mitteln einzuschüchtern. Auch die Klausenburg-Dokumente an diese Polizeiregimente glauben, die auch auf die theologischen Fakultäten ausgedehnt worden seien. Ausländische Theologiestudenten seien trotz gültiger Aufenthaltserlaubnisse binnen 24 Stunden ausgewiesen worden. Jene Studierenden, welche dem Ausweisungsbefehl nicht innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes Folge leisteten, seien an die Grenze gebracht worden.